



öffentlich

Betreff:

Erste Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 07.12.2001

Erstellungsdatum 08.11.2005

Eingang 902:

Einreicher: Stadtverordneter Jäkel, Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2005	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erste Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 07.12.2001

Ralf Jäkel

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Leitung einer jeden Ausschusssitzung erfordert eine intensive Vorbereitung, die zu großen Teilen während der regulären Arbeitszeit eines Stadtverordneten zu leisten ist. Ganz sicher ist dieser Aufwand größer, als man ihn mit 13,00 € wirklich abgelten könnte. Diese eher symbolische zusätzliche Aufwandsentschädigung soll **jedem** Stellvertreter eines Ausschussvorsitzenden zustehen, der eine Sitzung des Ausschusses leitet. Damit sind keine Mehrkosten für den Stadthaushalt verbunden, weil die Gesamtkosten nach der unveränderten Sitzungszahl nicht höher ausfallen, als wenn immer alle regulären Ausschussvorsitzenden anwesend wären.